

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Albert Duin

Abg. Andreas Schalk

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Barbara Fuchs

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Julika Sandt

Abg. Manfred Eibl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Michael Busch

Abg. Martin Hagen

Abg. Dr. Fabian Mehring

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern (Bayerisches Ladenöffnungszeitengesetz - BayLözG) (Drs. 18/1823)
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Duin das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2006 ist es in der Bundesrepublik Deutschland den Ländern überlassen, die Ladenöffnungszeiten zu regulieren. 15 Bundesländer haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Vielleicht ist es manchmal ganz gut, bis zum Schluss zu warten; denn dann kann man die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern heranziehen und sehen, ob es dort Sodom und Gomorrha gegeben hat oder nicht.

Ich habe mir erlaubt, mit einigen Vorfeld-Organisationen der CSU und der FREIEN WÄHLER zu sprechen, um abzuklopfen, wie dort die Stimmung ist. Bei der Vorfeld-Organisation der CSU scheint es tatsächlich so zu sein, dass dort etwas in Vorbereitung ist. Wir haben uns getraut, etwas zu Papier zu bringen und zusammenzuschreiben, was wir für gut halten. Sie werden da bestimmt noch ein Haar in der Suppe finden, da bin ich ganz sicher. Auf Dauer werden wir nicht drum herumkommen, einen eigenen Ladenschluss festzulegen.

Wie sieht es heute aus? – Wir haben Ladenöffnungszeiten bis 20:00 Uhr. Diese werden in der Stadt nicht einmal ausgenutzt. Verschiedene Geschäftsleute stimmen sich miteinander ab und sagen: Kommt, wir machen schon um 18:00 Uhr zu. Das ist ja in Ordnung. Aber das Problem ist einfach: Den Leuten fehlt die Möglichkeit einzukaufen, wenn sie länger arbeiten müssen. Das Zweite, was für mich als Mittelständler noch viel wichtiger ist: Mir wird verboten zu arbeiten. – Nein, das ist falsch: Mir wird nicht

verboten zu arbeiten. Mir wird zwar erlaubt zu arbeiten, aber in der Zeit, in der ich arbeite, darf ich kein Geld verdienen. Das ist viel schlimmer. Wenn ich nämlich abends um 20:00 Uhr den Laden zumache, muss ich hinterher noch die ganze Planung und Ordnung machen und alles abrechnen.

Das Verrückte ist, dass es so viele Ausweichmöglichkeiten gibt. Sie können heute an der Tankstelle einkaufen, und zum Flughafen fahren die Leute auch schon zum Shoppen. Das macht aber auch nicht besonders viel Sinn. Wie gesagt: Ich will niemanden zwingen, seinen Laden aufzumachen, ich will es ihm nur erlauben, ihm die Möglichkeit geben.

Manch findige Ladenbesitzer kommen auf die Idee, einen Automaten vor die Tür zu stellen, speziell im Lebensmittelbereich. Metzger stellen sich einen Automaten vor die Tür, auf dem eine Telefonnummer steht. Da ruft man an und sagt: Ich will heute Nachmittag grillen. Ich brauche dieses und jenes Fleisch. – Der Metzger legt das Fleisch dann von hinten in den Automaten. Auf der anderen Seite steht der Kunde, wirft sein Geld ein und holt sich das Essen raus. Wenn er dem Metzger womöglich schon bekannt ist, bekommt er eine Rechnung. Leute, das ist doch ein Blödsinn. Das ist doch einfach Quatsch. Das brauchen wir nicht mehr zu machen.

Noch mal: Ich will niemanden zwingen, seinen Laden aufzumachen. Ich will ihm nur die Möglichkeit geben, frei für sich zu entscheiden, ob er geöffnet haben will oder nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen doch, dass die Innenstädte nicht aussterben. Wenn wir wirklich wollen, dass sie belebt bleiben, sollten wir nicht immer mehr Menschen in den Onlinehandel treiben. Das macht doch auch keinen Sinn. Wir können Samstag- und Sonntagnacht, wir können immer online einkaufen. Teilweise kommt die Lieferung noch während der Feiertage. Wo ist da der Sinn? – Das kann nicht funktionieren.

In den touristischen Regionen sind wir gerne bereit zu sagen: Wir nehmen zum einen Rücksicht auf die Kirchen, möchten zum anderen aber, dass die Leute in den touristischen Gebieten an sechs Sonntagen im Jahr verkaufsoffen haben. Warum können wir das Ganze nicht ein bisschen aufweichen? Viele Gebiete leben vom Wochenendtourismus. Dem sollten wir auch Genüge tun. Ich glaube, es wäre eine gute Sache, wenn wir als 16. Bundesland mit den Erfahrungen der anderen 15 Bundesländer, die vor uns dran waren, jetzt endlich anfangen, auch diese Berufsgruppe zu befreien.

Jetzt werden Sie natürlich sagen: Da werden ganz viele Leute ausgenutzt. Aber erstens haben wir Arbeitszeitgesetze, die das regeln. Zweitens würden sich viele Leute freuen, wenn sie auch mal sonntags arbeiten könnten. Speziell Leute, die Minijobs haben, würden dann Zuschläge bekommen. Das ist ja auch nicht so schlecht.

Noch mal: Ich will niemanden zwingen, ein Geschäft geöffnet zu halten. Aber ich will ihm erlauben, innerhalb seiner gewählten Tätigkeit tätig zu sein. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Schalk von der CSU.

Andreas Schalk (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrscheinlich dürfte es schwer werden, bei diesem Thema eine Einigung zu finden, mit der alle zufrieden sind. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Zumindest bis dahin.

Unsere aktuelle Regelung sieht eine Öffnungszeit von 06:00 bis 20:00 Uhr vor, verteilt auf sechs Werktage. Sie fordern in Ihrem Gesetzentwurf 00:00 bis 24:00 Uhr. Eines der häufigsten Argumente, das Sie gerade auch gebracht haben, lautet, dass der Onlinehandel über das Internet 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung steht. Ich glaube aber nicht, dass das ein Argument ist. Den Aspekt der Bequemlichkeit, den

das Internet bietet, wird man auch durch geänderte Ladenöffnungszeiten nicht in den Griff bekommen. Viele Menschen, die im Internet bestellen, tun dies aus Gründen der Bequemlichkeit. Insofern glaube ich nicht, dass man den Internethandel mit Ladenöffnungszeiten wirksam bekämpfen könnte.

Aktuell können Läden an 84 Stunden in der Woche öffnen. Wenn man den Vorschlag der FDP durchrechnet, kommt man auf 144 Stunden. Das sind 60 Stunden mehr. Völlig klar ist, dass für diese 60 Stunden auch zusätzlicher Personalbedarf in den Läden entsteht. Sie haben auch gesagt, dass keiner gezwungen wird, sein Geschäft zu öffnen. Das ist völlig richtig. Aber allein die Tatsache, dass man es darf, wird einzelne Läden dazu bringen, dass sie öffnen. Dann werden alle nachziehen müssen, um dem Konkurrenzdruck gerecht zu werden.

(Zuruf von der FDP)

Insofern ist es natürlich kein Zwang, da haben Sie völlig recht. Aber die Konkurrenzsituation wird selbstverständlich dazu führen, dass mehr Läden länger öffnen müssen, als es bisher der Fall ist. Die Leidtragenden werden die kleinen Geschäfte und insbesondere die kleinen Mittelständler sein, beispielsweise inhabergeführte Geschäfte. Deren Besitzer müssen dann zulasten ihrer Gesundheit und ihrer Familie noch länger im Laden stehen, weil sie einfach Probleme haben, Personal zu finden, oder es sich einfach nicht rentiert, Personal einzustellen.

Ich glaube schon, dass man auch diese Gruppe von Menschen berücksichtigen muss. Es hilft uns ja nicht, wenn wir immer nur in Sonntagsreden davon erzählen, dass die kleinen Fachgeschäfte einen besonderen Reiz haben, im Gegensatz zu den großen Filialisten. Aber wenn man den kleinen Geschäften das Leben mit so einer Regelung unnötig schwer macht, darf man sich nicht wundern, wenn diese Geschäfte irgendwann vom Markt verschwinden. Gerade in den kleinen und mittleren Läden wird qualitätsorientierte Beratung großgeschrieben. Sonst können sich diese nicht halten. Im Preiskampf ist der Wettbewerb für diese Läden kaum zu gewinnen.

Ich glaube, das ist auch der wesentliche Unterschied zum Online-Handel: Diejenigen, die in das Ladengeschäft gehen, wollen eine qualitätsorientierte Beratung, wollen Tipps und hilfreiche Hinweise bekommen. Das kann das Internet in der Form nicht bieten. Aber dafür wird eben auch Fachpersonal benötigt. In der heutigen Zeit, in der auch das Thema Work-Life-Balance eine Rolle spielt, ist es schwer, überhaupt noch Fachpersonal zu finden. Fachkräfte fehlen jetzt schon in vielen Bereichen. Das würde sich dadurch natürlich noch weiter verschärfen. Was seitens der FDP gefordert wird, würde also das Sterben der kleinen Läden mit individuellem Charakter weiter befeuern. Damit wäre dieser Mittelstand der große Verlierer. Das Einzige, was dadurch passiert, ist, dass man letztlich die großen Ketten, die großen Filialisten, die Discounter, die mit wenig Personal arbeiten, unterstützt. Diesen Weg wollen wir nicht beschreiten. Wir stehen als CSU zum Mittelstand und wollen nicht, dass diese Läden langsam, aber sicher vom Markt verschwinden.

Ich bin weit davon entfernt, die Veränderung in der Arbeitswelt, die Sie, Herr Kollege, skizziert haben, ignorieren zu wollen. Mir ist klar, dass in der heutigen Arbeitswelt mehr Flexibilität erwartet wird. Ich habe selbst einmal in der Wirtschaftsprüfung gearbeitet. Mir ist klar, dass der sogenannte Nine-to-five-Job dort eine völlige Utopie und nicht durchzuhalten ist. Trotzdem ist fraglich, ob man der Entwicklung, die in manchen Branchen um sich greift, dass es überhaupt keine Begrenzungen mehr gibt, wirklich noch Vorschub leisten muss, indem man sagt: Jetzt kannst du auch noch rund um die Uhr einkaufen. Das heißt, es gibt überhaupt keine Begrenzung mehr, aufgrund deren du vielleicht einmal um halb acht Uhr das Büro verlässt. – Das ist schwierig.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass viele Kollegen damals an einem oder zwei Tagen in der Woche gesagt haben: Ich muss um halb acht gehen, weil der Laden zu-macht. Ich bin mir sicher, dass das zum Teil auch vorgeschoben war, weil die sonst bis elf, halb zwölf oder zwölf Uhr gesessen wären. Man muss schon darauf achten, das an der Stelle nicht weiter ausufern zu lassen. Das hat nichts mit dem Bereich der Ar-

beitszeitregelung zu tun. Da kann man über vieles diskutieren. Aber man muss anpassen, dass das nicht überhandnimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Herr Kollege, Sie dürfen sich nachher noch an meinen Worten abarbeiten.

Manch einer von uns war sicherlich auch schon einmal in der Situation, dass er kurz vor 20:00 Uhr noch schnell etwas einkaufen musste. Ich weiß nicht, wer von uns selbst einkauft. Ich tue es gelegentlich. Dann ärgert man sich, dass man nur noch kurz Zeit hat. Ich glaube aber, es würde uns kurz vor 21:00 oder 22:00 Uhr genauso gehen. Ich möchte schon festhalten, dass wegen der Öffnungszeiten in unserem Land noch keiner verhungert ist. Insofern wird das Problem, das da von manchen skizziert wird, in der Praxis nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Ich glaube auch nicht, dass es in Bayern in der Fläche wirklich einen Bedarf für längere Öffnungszeiten gibt. Mag sein, dass in manchen urbanen Zentren jemand nachts um halb drei Salatöl, Toilettenreiniger oder Skimützen kaufen möchte. Aber in weiten Teilen von Bayern ist das nicht der Fall.

Umfragen bestätigen das auch: 56 % aller Befragten einer Umfrage des BR vom Februar 2019 wollen keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Bayern. Das ist ein deutliches Zeichen. Auf der anderen Seite gibt es auch eine IHK-Umfrage unter Handwerksbetrieben mit Ladengeschäften. Da sind sogar 84 % gegen eine solche Ausweitung.

Für die Geschäfte wird dadurch nämlich nicht mehr Umsatz generiert, sondern für die Geschäfte wird es lediglich eine zeitliche Verlagerung des Umsatzes geben. Unterm Strich werden dann mehr Kosten und ein höherer Personalbedarf entstehen, die Ertragschancen werden sich dadurch aber nicht mehren. Deswegen denke ich, das ist an der Stelle der falsche Weg.

Die Erfahrungen in den Bundesländern, die eine solche Regelung eingeführt haben, wie Sie sie gerne hätten, wurden in einem Evaluationsbericht aus dem Jahr 2010 zum Thema Ladenschluss, der auch dem Landtag vorgelegt wurde, zusammengefasst. Die Quintessenz ist: Es gibt keine Umsatzsteigerung in einem nennenswerten Umfang, die den Unternehmensverbänden gemeldet wurde. Insofern ist der Effekt an der Stelle tatsächlich nur ein kostentreibender, aber kein umsatzverbessernder.

Bei der Diskussion spielt auch noch – und das halte ich für mindestens genauso wichtig –, die Situation der Beschäftigten im Einzelhandel eine Rolle. Wir haben hier mit massiven negativen Auswirkungen zu rechnen. Wenn die Läden von 00:00 bis 24:00 Uhr geöffnet haben dürfen, wird es noch viel schwerer, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ein Engagement im Ehrenamt zu ermöglichen. An der Stelle, meine ich, müssen wir schon bedenken: Wir loben hier immer das Ehrenamt. Wir betonen hier alle, wie wichtig Familie ist. Es muss aber auch Zeit geben, um dem nachzukommen – und zwar zu Zeiten, in denen andere ebenfalls Zeit haben, weil dieses Konzept sonst auch nicht mehr funktioniert. Deshalb stehen wir als CSU für eine familienfreundliche Politik und wenden uns gegen eine Ladenöffnung rund um die Uhr.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir alle Beteiligten im Blick haben, nicht nur die Umsatzwünsche von Großkonzernen, sondern auch die kleinen und mittelständischen Betriebe, die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Vereine und viele mehr. Wir als CSU lehnen deshalb den Gesetzentwurf der FDP ab. – Ich freue mich auf die Beratungen im federführenden Ausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gerade die Familienfreundlichkeit angesprochen. Ist es aus Ihrer Sicht nicht auch ein Beitrag zur Familienfreundlichkeit, an einem weiteren verkaufsoffenen Sonntag gemeinsam mit der Familie einkaufen gehen zu können? – Damit wäre doch auch etwas getan.

Andreas Schalk (CSU): Es gibt bereits die Möglichkeit für verkaufsoffene Sonntage. Die Kommunen können vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr festlegen. Es gibt viele Kommunen, die das gar nicht ausreizen. Insofern sehen wir keine Notwendigkeit, jetzt von vier auf sechs verkaufsoffene Sonntage zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Barbara Fuchs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über einen Gesetzentwurf, der auch in unserer Fraktion intensiv und durchaus kontrovers diskutiert wurde. Richtig ist, dass sich die Arbeitswelt verändert hat und Bayern das letzte Bundesland ist, das kein eigenes Landesgesetz zum Ladenschluss hat. Trotzdem lehnen wir den Gesetzentwurf der FDP in der vorliegenden Fassung ab, und zwar aus den folgenden Gründen:

Die Arbeitszeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nicht unsozialer werden. Oft sind im Verkauf Frauen tätig, weshalb vor allem die Familien unter einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten leiden würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Verlängerung der Öffnungszeiten würde auch bedeuten, dass wir eine entsprechende Ausweitung der Kinderbetreuungszeiten brauchen würden. Die steigenden Anforderungen an die Kinderbetreuung wären aber in Zeiten, in denen es ohnehin eine große Aufgabe ist, eine qualitätsvolle Kinderbetreuung für alle sicherzustellen, nicht zu stemmen.

Außerdem zeigt sich, dass es durch längere Öffnungszeiten mehr Teilzeitstellen, mehr Minijobs und mehr Leiharbeit gibt. Es kann doch nicht unser Ziel sein, diese prekären Arbeitsverhältnisse zu unterstützen und noch weiter zu verstärken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu denken, mit längeren Öffnungszeiten könnte der Onlinehandel eingeschränkt und der stationäre Einzelhandel belebt werden, ist sehr kurzsichtig. In Bundesländern, die ihre Öffnungszeiten bereits verändert haben, ist der Umsatz im stationären Handel nicht gestiegen, sondern er hat sich nur anders verteilt. Wie soll das auch funktionieren? – Die Menschen haben ja nicht auf einmal mehr Geld, weil der Laden länger offen hat. Außer Frage steht auch, dass die längeren Öffnungszeiten besonders für kleine Betriebe schwierig zu verwirklichen sind und der Verdrängungsprozess noch schärfer wird.

Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf, dass Sie die Ladenöffnungszeiten bürgerfreundlich und arbeitnehmerfreundlich gestalten wollen. Wir denken, dass die Öffnungszeiten von 06:00 bis 20:00 Uhr bürgerfreundlich sind, da so auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchaus noch einkaufen können. Uns ist bewusst, dass bestimmte Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergruppen dadurch Schwierigkeiten haben, aber die Konsequenz kann nicht sein, für viele andere die Situation zu verschlechtern. Wir würden damit einfach die Summe derer erhöhen, die mit ihren Arbeitszeiten in Schwierigkeiten sind.

Die bisherige Regelung ist arbeitnehmerfreundlicher – das steht wohl außer Frage –, und die neuen Verdienstmöglichkeiten durch Nacht- und Feiertagszuschläge stehen in keinem Verhältnis zu den Belastungen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die längeren Öffnungszeiten haben.

Einer Ausweitung von vier auf sechs verkaufsoffene Sonntage stimmen wir ebenfalls nicht zu. Die vier möglichen Sonntage – anlassbezogen – sind besonders wichtig für kleinere Kommunen und beleben deren Innenstädte und Dorfkerne. Bereits heute arbeiten aber schon 14 % aller Beschäftigten regelmäßig an Sonn- und Feiertagen, und diese Zahl wollen wir keineswegs weiter ansteigen lassen. Deswegen sind wir gegen eine Ausweitung und für die bisherigen vier verkaufsoffenen Sonntage im Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus den genannten Gründen haben wir uns für eine Beibehaltung der aktuellen Regelung entschieden. Das Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht für uns an erster Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Rednerin und darf als –

(Zurufe)

Eine Zwischenbemerkung; bitte, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Es ist interessant: Die GRÜNEN halten komplett an den Ladenöffnungszeiten fest, höre ich gerade. Sie wollen keine Änderung. Was ist eigentlich mit Ihrem Familienbild? – Wir als Liberale haben klar dargestellt, dass wir natürlich auch eine Ausweitung der Kinderbetreuungszeiten wollen. Das haben wir in entsprechenden Haushaltsanträgen deutlich gemacht.

Sie sprachen gerade von dem Thema Frau. – Ich kaufe selber ein. Ich bin alleinerziehende Mutter und würde mich oft sehr freuen, spät abends noch einkaufen gehen zu können. – Entspricht es denn dem Frauenbild der GRÜNEN, dass Frauen, die auch Kundinnen sind, letzten Endes nicht mehr einkaufen gehen können, nachdem sie die Kinder ins Bett gebracht haben?

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Frau Kollegin Fuchs, bitte schön.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Für uns hat das nichts speziell mit einem Frauen-, einem Männer- oder einem Familienbild zu tun, sondern mit der Gesamtsituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Außerdem fällt die Kinderbetreuung an, egal, ob

jetzt der Mann oder die Frau zum Beispiel im Einzelhandel tätig ist. Tatsache ist aber: Es sind einfach immer noch mehr Frauen. Wenn sich daran etwas gravierend ändert, kann man vielleicht über manches wieder sprechen. Im Moment ist es aber einfach noch so, und damit sind die Frauen am meisten betroffen.

Wir wissen, dass es einen sehr großen Anteil von alleinerziehenden Frauen gibt – wie Sie es auch sagten –, und für sie würde die Kinderbetreuung dann noch schwieriger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Kollegin und darf als nächsten Redner den Kollegen Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich halten wir FREIE WÄHLER an den aktuellen Regelungen der Ladenöffnungszeiten fest und sprechen uns eindeutig gegen eine Verlängerung dieser aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für uns sind der inhabergeführte Einzelhandel und vor allem die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von sehr großer Wichtigkeit.

Seit der Föderalismusreform im Jahre 2006 obliegt es den Ländern, Ladenöffnungszeiten zu bestimmen und festzulegen. Bis auf Bayern haben alle Länder diese Möglichkeit in Anspruch genommen; ich möchte aber auch dazusagen: mit mehr oder auch weniger Erfolg. Betrachtet man die Festlegungen und Regelungen in den anderen Bundesländern, so stellt man fest: Hier werden Ladenöffnungszeiten an Werktagen von 00:00 bis 24:00 Uhr freigegeben. Es werden verkaufsoffene Sonn- und Feiertage in der Zahl von drei bis acht festgelegt. Ich sage ganz deutlich: Das wollen die FREIEN WÄHLER nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn ich stelle schon die Fragen: Bringen verlängerte Öffnungszeiten mehr Umsatz? Schaffen Sie damit eine bessere Existenzgrundlage für den Einzelhandel, insbesondere für den eigentümergeführten Einzelhandel? Oder bedienen wir damit nur die Interessen einiger weniger?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verfügen speziell inhabergeführte Einzelhändler über die Grundlage, die zusätzlichen Personalaufwendungen zu schultern? – Diese Frage stelle ich hier eindeutig in den Raum. Können sich die inhabergeführten Einzelhändler diesbezüglich gegen die Filialisten und Discounter behaupten? – Der Onlinehandel, der angesprochen worden ist und immer umfänglicher wird, macht speziell im Einzelhandelslebensmittelbereich ein Prozent des Umsatzes aus.

Wie eine Befragung erst im Februar 2019 ergab, sehen annähernd zwei Drittel der bayerischen Gesellschaft keine Notwendigkeit einer Lockerung der Ladenöffnungszeiten. Die Bundesregelung bezüglich des Ladenschlusses wird in Bayern ohne eigene gesetzliche Regelung angewandt: An Werktagen darf von 06:00 bis 20:00 Uhr sowie anlassbezogen an vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr geöffnet sein.

Wir FREIE WÄHLER stehen eindeutig für die Beibehaltung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Wir stehen auch dafür, an der Regelung zu den vier Sonn- und Feiertagen festzuhalten. Meine Damen und Herren, damit Rechtssicherheit für die Kommunen besteht, sollte jedoch die Anlassbezogenheit neugestaltet werden. Für alle Beteiligten wäre es vorteilhaft, wenn der Freistaat den Kommunen anstelle des "Anlasses" gesetzlich klare Vorgaben für die Durchführung von Marktsonntagen machte. Nach geltender Rechtslage "dürfen Verkaufsstellen aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an höchstens vier Sonn- und Feiertagen geöffnet sein". Nach Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales liegt die Zuständigkeit hier bei den Kommunen. Für "ähnliche Veranstaltungen" ist so-

dann durch die Kommune eine Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen mit einer sogenannten Rechtsverordnung zuzulassen, wenn die Ladenöffnung in einem Verhältnis zur Einwohnerzahl und natürlich auch zu dem erwartenden Besucherstrom steht. Darüber hinaus muss ein enger räumlicher Bezug zwischen der Veranstaltung und den öffentlichen Geschäften bestehen, sodass dieser räumlich abgegrenzte Bereich klar definiert ist.

In der Praxis stellt das jedoch ein Problem dar. In § 14 Absatz 1 Ladenschlussgesetz ist verankert, dass Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen anlassbezogen öffnen dürfen. Die Auslegung des Tatbestands durch die Kommunen ist uneinheitlich und löst in der Praxis oft Probleme aus. Somit ist und bleibt immer die Gefahr, dass zuständige Gerichte vor Ort die Genehmigung durch einstweilige Verfügungen, die schon öfter ausgesprochen wurden, widerrufen. Ausfallkosten für Initiatoren sind die Folge. Somit würden Sie mit einer klar formulierten Definition der Anlassbezogenheit unter der Prämisse, an den maximal vier Sonn- und Feiertagen festzuhalten, eine klar kalkulierbare Grundlage für die Initiatoren und natürlich auch für die Kommunen erreichen.

Uns FREIEN WÄHLERN liegt sehr viel am Erhalt der Gemeinschaft und vor allem am Erhalt der Werte. Das ist eines unserer wichtigsten Anliegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Ziel ist die Förderung und nicht die Erschwernis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir unterstützen und begleiten das Ehrenamt, wo es nur geht. Wir fördern damit vor allem gesellschaftliches Miteinander im Freizeit- und Kulturangebot. Daher lehnen wir den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Eibl, ich bedanke mich. – Ich darf den Kollegen Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über ein Herzensthema der FDP, so die Vorredner. Wahrscheinlich hat die FDP damit heute ein Alleinstellungsmerkmal.

Zu der Umfrage, die der CSU-Kollege angesprochen hat, wäre zu ergänzen, dass hauptsächlich Studenten die Lockerung der Ladenöffnungszeiten wollen. Das ist schon amüsant. Die arbeitende Bevölkerung kommt mit den Ladenöffnungszeiten eigentlich ganz gut zurecht. Selbstständige, Arbeitnehmer, Rentner und Nichterwerbstätige sind eher nicht für eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten.

Mit den Automaten, die die Metzger betreiben, können die Metzger noch ein Geschäft machen. Ich bin selber seit 32 Jahren Metzgermeister und sehe das bei den Kollegen: Die anderen Läden haben geschlossen, man braucht schnell was zum Grillen, und das holt man sich beim Automaten. Das wirkt der Tendenz entgegen, dass Amazon den ganzen Einzelhandel mit seinen Ladenöffnungszeiten aufmischt. Amazon ist der wirkliche Feind der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie dürfen mir nach 33 Jahren Erfahrung als Wirtschaftsverbandsvorsitzender im Mangfalltal glauben: Wir haben öfter verkaufsoffene Sonntage veranstaltet. Wir machen das auch heute noch. Aber wer steht denn in den Läden? – Die Selbstständigen, selbst und ständig! Wenn wir dem Gesetzentwurf stattgeben würden, hätten wir eine Verschiebung vom Land zur Stadt und von den kleinen Geschäften zu den Einkaufszentren. Wenn ich noch die soziale Komponente bezüglich der Arbeitnehmer ansehe und höre, Frauen könnten hier zusätzliche Arbeitsplätze besetzen, dann frage ich, ob das so gut für das Familienleben ist, wenn die Schichtzeiten in der Stadt bis 22:00 oder 24:00 Uhr gehen. Dazu kämen noch die Probleme, mit dem öffentlichen Personennahverkehr auf dem Land draußen heimzukommen. All diese Arbeitskräfte werden nämlich nicht nur in der Stadt leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als AfD sprechen uns eindeutig gegen den Gesetzentwurf aus. Wir sehen keinen Zugewinn an Arbeitsplätzen, wir sehen keine höheren Investitionen. Es würde nicht mehr, sondern nur zu unterschiedlichen Zeiten gekauft: Gleicher Umsatz, höhere Betriebskosten, eine Verschiebung der Umsätze – das kann es eigentlich nicht sein!

Wir sehen hier eher einen weiteren Sargnagel für die kleinen, mittelständischen Fachgeschäfte.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Ich darf Herrn Kollegen Michael Busch von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um an dieser Stelle gleich ein klares Votum abzugeben: Auch die SPD-Fraktion lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf der FDP zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Freistaat Bayern ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erkläre Ihnen auch, warum. Vieles ist schon gesagt worden, aber trotzdem wiederhole ich die Dinge, die mir wichtig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie argumentieren mit der Anpassung an die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft, einer modernen Arbeitswelt. Bei dieser Interpretation, was eine moderne Gesellschaft und eine moderne Arbeitswelt ist, und vor allem bei der Frage, was eine moderne Gesellschaft ausmachen sollte, unterscheiden sich unsere Ansichten grundlegend. Während Sie als Marktliberale die Wettbewerbs- und Einnahmenvorteile von großen Unternehmen sehen, stehen wir im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an der Seite der kleinen und mittleren Betriebe – wir haben es gerade gehört –, an der Seite der Unternehmen, die vor Ort arbeiten und vor allem an der Seite der Familien.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD versteht unter "moderner Gesellschaft und Arbeitswelt" die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bedeutet neben guter Arbeit mit guter Bezahlung auch, Zeit zu haben – Zeit nicht nur zum Einkaufen, sondern Zeit, sich zu erholen, und Zeit, mit der Familie etwas zu unternehmen. In fast allen Beiträgen ist gekommen, dass wir natürlich damit rechnen müssen, dass die Alleinerziehenden, die in einem solchen Betrieb vielleicht noch einen weiteren Minijob annehmen müssten, am Sonntag oder aber auch nachts ihre Kinder betreut haben müssen. Das zöge nach sich, dass wir wieder mehr Erzieherinnen bräuchten. Das ist alles überhaupt nicht im Sinne der Familie. So sehen wir das.

Wir sehen, anders als Sie, in einer modernen Gesellschaft auch nicht immer nur die Möglichkeit, weiter zu konsumieren. Wir wollen eine Gesellschaft, der bewusst ist, dass viele Ressourcen endlich sind und unser Konsumverhalten nicht unendlich ausgedehnt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrem Gesetzentwurf diskutieren wir heute zudem erneut das Thema der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, diesmal halt in einem etwas anderen Kontext.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, die von Ihrer Partei unlängst eingebrachte Bundesratsinitiative zu diesem Thema ist ebenfalls deutlich gescheitert. Das ist hier auch zu erwarten; denn es gilt nicht, die Menschen in eine sich stetig verändernde Arbeitswelt einzupassen, sondern genau umgekehrt, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, um den Menschen mehr Lebensqualität und mehr Zeit zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen beim Ladenschluss Probleme, die eigentlich überhaupt nicht vorhanden sind. Sie glauben, den Menschen neue Möglichkeiten zu eröffnen. Ich sage: Sie schränken diese Möglichkeiten für viele eher ein.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern gilt das Bundesladenschlussgesetz, das sich seit vielen Jahren bewährt hat. Bayerns Wirtschaft geht es gut. Wir halten die bestehenden Regelungen und die Ausnahmen, die für bestimmte Gewerbebereiche wie Apotheken oder Tankstellen und für bestimmte Waren gelten, für völlig ausreichend. Selbstverständlich kann man, wenn es um die Rechtssicherheit geht, Herr Kollege Eibl, das eine oder andere noch regeln.

Sie fordern mit Verweis auf die Nachfrage der Verbraucher unter Artikel 4 Absatz 1 eine Öffnung rund um die Uhr. Die aktuelle Regelung besagt – Herr Schalk hat es vorhin aufgezeigt: Wenn von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr, wie es jetzt ist, geschlossen sein muss, dann haben wir immerhin 14 Stunden geöffnet. Das sind diese 84 Stunden. Ich denke, in dieser Zeit muss es, nachdem ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin in der Regel nicht mehr als 40 Stunden arbeitet, jedem möglich sein, einkaufen zu gehen. Andernfalls muss in einer wirklich modernen Arbeitswelt nach unserem Verständnis die Arbeitszeit eher verkürzt werden, nicht aber die Ladenöffnungszeit verlängert.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, bitte die Zeit beachten!

Michael Busch (SPD): Ich komme zum Schluss. – In Bezug auf die Konkurrenz aus dem Internet möchte ich darauf hinweisen, dass gerade die Unternehmen, für die wir diese Ladenschlusszeiten verlängern würden, selbst Online-Shops betreiben können, was sich unsere kleinen Handwerksbetriebe und Einzelhändler vor Ort eben bei Weitem nicht leisten können.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte auf die Zeit achten!

Michael Busch (SPD): Deshalb: Ihr Gesetzentwurf ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll noch sozial.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich auf eine neue technische Errungenschaft hin. Die Zeitansage hier, die der Redner und der Präsident sehen, hat inzwischen zunächst eine weiße Anzeige, wenn geredet werden darf. Eine Minute, bevor die Redezeit zu Ende geht, wird die Zeit in Gelb wie bei einer Ampel angezeigt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich bitte also, bereits bei der gelben Farbe daran zu denken, dass man rechtzeitig landet, bevor es auf der Zeitanzeige rot wird. Dies sage ich nur vorbeugend für alle, die heute noch sprechen, und darf jetzt Herrn Kollegen Martin Hagen aufrufen. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Wo sind die Farben?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Alles ist gut.

Martin Hagen (FDP): Ich bin gespannt, wie sich das neue System bewährt. – Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion beantragt heute, dass nicht mehr die Politik bestimmt, wann Läden öffnen, sondern dass sich die Öffnungszeiten nach den Bedürfnissen der Kunden richten. Es ist keine radikale Vorstellung. Es ist das, was in den meisten Ländern dieser Welt längst Realität und bewährt ist.

Ich möchte ein bisschen auf die Argumente eingehen, die hier dagegen vorgebracht werden. Von der CSU, bei Herrn Schalk, hieß es, Leidtragende seien die kleinen inhabergeführten Geschäfte. Jetzt frage ich Sie: Waren Sie mal in Berlin? Wissen Sie, welche Geschäfte dort die Marktnische nach 22:00 Uhr ausnutzen? – Das ist nicht Aldi, das ist nicht der große Supermarkt. Das sind kleine, inhabergeführte sogenannte "Spätis".

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, für kleine, inhabergeführte Läden ist es eine Chance, kein Schaden, wenn sie länger öffnen dürfen. Das ist übrigens in jeder Großstadt auf der ganzen Welt so. In der Regel haben die kleinen, inhabergeführten Geschäfte dort nachts offen.

Ein weiteres Argument war, wegen des Ladenschlusses sei noch keiner in Bayern verhungert. Ich hoffe doch, dass es nicht der Anspruch der Politik in Bayern ist, zufrieden zu sein, solange niemand verhungert. Das wäre bedenklich.

(Beifall bei der FDP)

Dann haben Sie noch gesagt, es gebe auf dem Land keinen Bedarf, sondern höchstens in der Stadt. Genau das meint unser Gesetzentwurf, dass man sich nach dem Bedarf richten soll. Wenn auf dem Land kein Bedarf ist, dann wird dort auch kein Händler länger öffnen. Aber wenn der Bedarf in der Stadt da ist – das sehen wir jeden Tag am Hauptbahnhof, wo sich vor dem dortigen Supermarkt Schlagen bilden –, dann haben wir dort die Möglichkeit, die Nachfrage zu befriedigen. Das ist vernünftige Politik.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann ist der Mittelständler pleite, und die Discounter verdienen das Geld!)

Zur CSU insgesamt: Sie waren schon mal weiter. 2006 gab es in Ihrer Fraktion ein Patt. Eine Stimme mehr, dann wären Sie auch für eine Liberalisierung des Ladenschlusses gewesen. Ich finde es schade, dass sich die CSU seitdem offenbar nicht weiter-, sondern zurückentwickelt hat.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Andreas Schalk (CSU))

Frau Fuchs von den GRÜNEN, Sie haben gesagt, es gebe schon die Möglichkeit verkaufsoffener Sonntage. Das sei alles fein so. – Herr Eibl hat dankenswerterweise korrigiert: Wir haben zwar die Möglichkeit, aber diese Möglichkeit ist eben nicht rechtssicher. Gemeinden in Bayern machen verkaufsoffene Sonntage, eine Gemeinde nach der anderen wird von Ver.di und von den Kirchen deswegen verklagt, und sie verlieren

diese Prozesse. Deswegen brauchen unsere Gemeinden hier eine rechtssichere Regelung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bergmüller, Sie haben die Umfrage zitiert – ich danke Ihnen dafür –, die besagt, dass in Bayern 56 % der Bevölkerung gegen eine Liberalisierung sind oder keine Notwendigkeit dafür sehen. Für die 56 % habe ich eine gute Nachricht: Sie müssen nicht einkaufen. Es ist kein Zwang einzukaufen. 38 % sind aber für eine Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes, meine Damen und Herren. Die FDP ist offenbar die einzige Stimme dieser 38 % in diesem gesamten Parlament. Von links über konservativ bis rechtspopulistisch sind alle Fraktionen dagegen. Wir sind die Stimme der 38 %, die mehr Freiheit in Bayern möchten.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weshalb euch nur 5 % wählen!)

Abschließend zu Herrn Busch von der SPD: Ich fand, Ihre Aussage, mehr Freiheit beim Ladenschlussgesetz schaffe nicht mehr Möglichkeiten, sondern schränke im Gegenteil die Möglichkeiten ein, hatte schon fast eine Orwell'sche Qualität. In "1984" gibt es den Satz "Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei und Unwissenheit ist Stärke". Daran hat mich die Aussage erinnert, dass es Möglichkeiten einschränken soll, wenn man Möglichkeiten eröffnet und mehr Freiheit lässt. – Das leuchtet mir jedenfalls nicht ganz ein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir führen hier eine Debatte wie in einem gallischen Dorf. Schauen Sie doch bitte mal in die anderen Bundesländer! Diesen Appell richte ich jetzt wirklich an jede Fraktion. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wie sehen denn Ihre Parteikollegen in Baden-Württemberg das? – In Baden-Württemberg

stellen Sie den Ministerpräsidenten. Dort dürfen die Läden von 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr öffnen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Ampel springt von Gelb auf Rot.

Martin Hagen (FDP): Ich komme zum Ende. – Kollegen von der SPD, das Gleiche ist in Berlin. Kollegen von der Union, das Gleiche gibt es in Hessen. In fast jedem Bundesland gibt es diese Regelung. Mir ist nicht bekannt, dass in auch nur einem Bundesland eine Ihrer Parteien gegen diese Regelung zu Felde zieht. Dort, wo sie eingeführt wurde, wird sie akzeptiert. Dort hat sie sich bewährt.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung: der Kollege Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hagen, Sie haben in Ihren Ausführungen zunächst eines der Masterthemen unserer politischen Zeit angesprochen, nämlich die Gemengelage zwischen den Metropolregionen und den städtischen Strukturen auf der einen Seite und dem ländlichen Raum auf der anderen Seite, und dafür plädiert, Einzelfallregelungen zugunsten der Städte zu finden. Ich will Sie fragen: Können Sie sich nicht vorstellen, dass diese Regelung, die Sie sich wünschen, genau zum Gegenteil führt, nämlich dazu, dass unser heimischer Mittelstand in der Fläche im ländlichen Raum, wo wir die Versorgungsprobleme haben, am Ende des Tages pleite ist, während nur noch der große Discounter in den Städten mit dem internationalen Steuersatz Geld verdient, und dieses Stadt-Land-Gefälle, das wir ohnehin zu bearbeiten haben, im doppelten Sinne verstärkt wird? – Erste Frage.

Zweite Frage: Die Kollegin Sandt hatte nach dem Frauenbild der GRÜNEN gefragt. Mich hat das ein Stück weit irritiert. Ich frage mich jetzt, wie es um das Frauenbild der FDP steht. Ist das Frauenbild der FDP, dass die Frauen zunächst bis 22:00 Uhr arbeiten und um 23:00 Uhr dann einkaufen gehen sollen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege, Ihre Unterstellung, dass Frauen prinzipiell im Einzelhandel arbeiten, lässt mich wiederum an Ihrem Frauenbild zweifeln.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das war das Beispiel Ihrer Kollegin Sandt, nicht das meine!)

Wissen Sie, in unzähligen Berufen ist man außerhalb der normalen Nine-to-Five-Arbeitszeiten tätig. Es betrifft die Ärzte und Krankenschwestern. Es betrifft die Polizistinnen, es betrifft die Feuerwehrmänner. Es betrifft die Schaffner in der U-Bahn, es betrifft die Verkäufer beim Bäcker. Es betrifft unzählige Berufsfelder.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Aber die hat die Frau Sandt nicht angesprochen! Frau Sandt sprach von den Frauen im Einzelhandel!)

– Das Thema Frauen haben die GRÜNEN angesprochen. Die GRÜNEN wollten aus dem Thema Ladenschluss einen Geschlechterkampf machen. Frau Sandt hat darauf lediglich reagiert.

Nochmal zum Thema Stadt und Land. Wir haben auf dem Land – das Argument der CSU ist völlig richtig – keine Nachfrage nach längeren Ladenöffnungszeiten. Wir haben keinen Bedarf. Das heißt, auf dem Land wird sich dadurch auch nichts ändern.

(Andreas Schalk (CSU): Doch!)

Denn wenn wir keinen Bedarf haben, vor Ort länger einzukaufen, fahren die Leute ja nicht in die Stadt und kaufen dann dort ein.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Natürlich werden sie das! Genau das machen sie dann!)

Wir erleben doch jetzt schon – ich wohne in einer kleinen Kommune, Herr Kollege –, dass die Ladenöffnungszeiten in den kleinen ländlichen Kommunen nicht ausgeschöpft werden. Das heißt, Läden dürften bis 20:00 Uhr öffnen, schließen aber trotzdem schon um 18:00 Uhr. Warum sollten die Läden im ländlichen Raum länger aufmachen, wenn sie schon jetzt nicht bis 20:00 Uhr öffnen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Hagen, bitte beachten Sie auch jetzt die Zeit.

Martin Hagen (FDP): Auf dem Land wird sich nichts ändern.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Bleiben Sie trotzdem am Rednerpult. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Herr Kollege Busch hat sich noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Michael Busch (SPD): Herr Hagen, das müssen Sie sich auch noch anhören. Sie haben vorhin mit dem Zitat von Orwell belegt, dass Menschen nach Ihrer Auffassung mehr Möglichkeiten haben und nicht eingeschränkt werden. Was sagen Sie zu denjenigen, die zusätzlich am Sonntag und in der Nacht arbeiten müssen? – Diese Menschen müssen ihre Kinder betreuen lassen. Sind sie Ihrer Meinung nach nicht eingeschränkt? Haben sie viele andere Möglichkeiten, als zu arbeiten?

Martin Hagen (FDP): Ich finde nicht, dass ein Arbeitsplatz Menschen einschränkt. Es gibt durchaus sehr viele Menschen, die gerne außerhalb der regulären und normalen Arbeitszeiten tätig sind. Für Studierende und Leute ohne Familie wäre dies beispielsweise eine großartige Chance, zu attraktiven Bedingungen, nämlich mit Nachtzuschlägen, zusätzlich zu arbeiten. Ich habe bereits ausgeführt, dass es in der Arbeitswelt ganz viele Berufe gibt, die abends oder am Wochenende ausgeübt werden müssen. Warum ziehen wir ausgerechnet um den Einzelhandel einen Zaun und verhindern damit, dass Menschen mit regulären Arbeitszeiten zumindest abends oder am Wochenende noch einkaufen können? – Das fand ich noch nie einleuchtend.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keine Einwände. Damit ist das so beschlossen.